
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 1

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie

am 02.12.2009

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Christel Ciecior
Hartmut Ganzke
Jens Hebebrand
Claudia Isenberg
Ursula Lindstedt
Gerd Oldenburg
Michael Blandowski
Hubert Hüppe
Paul-Heinz Kranemann
Helmut Krause
Ursula Sopora
Jochen Nadolski-Voigt
Gabriele Wentzek
Heike Schaumann
Werner Sell
Helmut Stalz
Matthias Laarmann

sachkundige Bürger

Eleonore Köth-Feige
Siegfried Pogadl
Klaus-Peter Winkler
Undine Heidenreich-
Greczka

Agnes Pietz-Colmer

Von der Verwaltung

Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Diekmännken, L FB 50
Frau Grewe, FB 50
Herr Zakel, FB 50
Frau Kronenberg, PK
Herr Vertgewall, Schriftführer

Gäste- und Zuhörer/innen

Herr Bangert, Kreistagsabgeordneter
Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Frau Heine, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Ringelsiep, Geschäftsführer der ARGE Kreis Unna
Mehrere Zuhörer

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die erste Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie in der neuen Wahlperiode. Weiter stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und nimmt die Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger wahr. Auf Vorschlag des Landrates wird Herr Marc Vertgewall als Schriftführer sowie Frau Gabriele Bierwolf-Siegrist als dessen Stellvertreterin im Ausschuss bestellt. Im Einvernehmen mit den Ausschussmitgliedern wird zudem die Tagesordnung geändert. Der Tagesordnungspunkt 4 „Haushalt“ wird in zwei Unterpunkte unterteilt. Als neuer Punkt 4.1 wird das Thema „Sozialticket“ und als 4.2 das Thema „Frau und Beruf“ behandelt. Der ursprüngliche Tagesordnungspunkt 7 fällt damit weg. Die weiteren Punkte verschieben sich hierdurch entsprechend.

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Neuorganisation des Sozialgesetzbuches II

Punkt 1.1

Sachstandsbericht der Verwaltung

Punkt 1.2

176/09

Optionsmodell zur Betreuung der SGB II-Hilfeempfänger

- Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 16.11.2009

Punkt 2

182/09

Sozialbericht für den Kreis Unna „Einkommen und Transferleistungen“ (Stand: 30.10.2009)

Punkt 3

180/09

Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2009

Punkt 4

179/09

Haushalt 2010 des Kreises Unna für den Fachbereich 50 - Arbeit und Soziales -

Punkt 4.1

Sozialticket

Punkt 4.2

Frau und Beruf

- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.2009
- Projektskizze der WFG + Meilensteine

Punkt 5

178/09

Einrichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Unna

Punkt 6

181/09

Wohnberatungsagenturen; Fortführung der Finanzierung

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Neuorganisation des Sozialgesetzbuches II

Punkt 1.1

Sachstandsbericht der Verwaltung

Erörterung

Herr Sparbrod teilt mit, dass es zu den Überlegungen der Bundesregierung, ab 2011 in die getrennte Aufgabenträgerschaft zu gehen, zwischenzeitlich ein Eckpunktepapier gebe. Anders als darin dargestellt, gebe es allerdings bislang keine Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz habe in den letzten Tagen die aktuellen Überlegungen abgelehnt und noch einmal detailliert gefordert, die ARGE'n verfassungsrechtlich abzusichern. Allerdings, so der Dezernent weiter, glaube er derzeit nicht, dass es noch soweit kommen werde. Nun müsse man rechtzeitig Überlegungen

anstellen, wie man in 2011 miteinander zusammenarbeiten werde. Hierzu wolle man sich ab Mitte Dezember in einem kleinen Arbeitskreis Gedanken machen. Oberstes Ziel sei für ihn, auch weiterhin in allen zehn Kommunen für die Kunden erreichbar zu sein. Dieses solle über die Beibehaltung der bisherigen Standorte sichergestellt werden. Wenn es zu einer Trennung komme, dann würden die Kommunen aus seiner Sicht künftig das 5. Rad am Wagen darstellen. Herr Sparbrod skizziert weiter mögliche Auswirkungen der angedachten Reformen (u. a. Personalsituation) und stellt für sich als Fazit fest, dass das Geschäft weder leichter noch für die kommunalen Finanzen von Vorteil sein werde.

Die Ausführungen des Dezenten werden von Herrn Ringelsiep ergänzt. Dieser berichtet, dass seit gestern bereits ein neuer Entwurf eines Eckpunktepapiers vorliegen würde, dessen Inhalt ihm allerdings auch noch nicht bekannt sei (**Anm.: Seit dem 11.12.2009 liegt bereits ein neuer Entwurf vor – dieser ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt**). Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus 2007 gebe es immer wieder neue und andere Entwicklungen. Aus seiner Sicht bleibe abzuwarten, was passiert – allerdings, so der ARGE-Geschäftsführer weiter, müsse man auch vorbereitet sein. Der Übergang – egal wie die neuen Strukturen aussehen würden - solle sich so bürger- und mitarbeiterfreundlich wie eben möglich gestalten. Er bitte alle Beteiligten darum, besonnen mit der Angelegenheit umzugehen.

Auf die Nachfrage von Frau Wentzek, ob sie es richtig verstanden habe, dass eigentlich keine Argumente für die von der Bundesregierung vorgesehenen Veränderungen sprechen würden, teilt Herr Sparbrod mit, dass er es für sinnvoller halte, die bestehenden ARGE'n verfassungsrechtlich abzusichern. Mit der getrennten Aufgabenwahrnehmung seien zu viele Fragestellungen verbunden. Sicherlich sei auch bei den Arbeitsgemeinschaften nicht immer alles reibungslos verlaufen, jedoch hätten diese Probleme stets zeitnah gemeistert werden können. Anmerken wolle er auch, dass man die Einigungsstelle in den fünf Jahren kein einziges Mal habe einberufen müssen, da es immer zu einer einvernehmlichen Klärung der Fälle gekommen sei. Er könne sich nicht vorstellen, dass das künftig auch so sein werde.

Herr Nadolski-Voigt weist noch einmal darauf hin, wie kompliziert das Thema sei. Dieses zeige sich auch darin, dass es unterschiedlich lautende Gutachten zu einer möglichen Verfassungsmäßigkeit gebe. Die grundlegende Kritik bestehe weiter darin, dass das eigentliche Ziel, im Sinne der Leistungsempfänger alles aus einer Hand anzubieten, konterkariert werde. Egal wie man sich nun aufstelle, in der weiteren Diskussion seien die finanz- und sozialpolitischen Auswirkungen nicht aus dem Auge zu verlieren.

Es sei Ziel, so Herr Sparbrod abschließend, die Ergebnisse der Gespräche, die ab Mitte des Monats geführt werden sollen, in einen interfraktionellen Arbeitskreis zurück zu spielen.

Punkt 1.2

176/09

Optionsmodell zur Betreuung der SGB II-Hilfsempfänger

- Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 16.11.2009

Erörterung

Frau Wentzek erläutert noch einmal kurz den Antrag ihrer Fraktion und geht auch auf den vorliegenden Textvorschlag der Verwaltung ein.

Die Verwaltung habe sich natürlich mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschäftigt, so Herr Sparbrod. Derzeit sehe er keine Bewegung des Bundes, die Option zu öffnen. Vor dem Hintergrund der vorgesehenen Veränderungen halte er das Optionsmodell jedoch für die bessere Möglichkeit. Hinsichtlich des Vorbehaltes, der in dem vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung aufgenommen worden sei, gehe es ausschließlich um die Sicherstellung der finanziellen Unterstützung durch den Bund. Deutlich machen wolle er das an einem Beispiel. Wäre der „worst-case“ eingetreten, hätte es bis Ende dieses Jahres rund 3.000 Bedarfsgemeinschaften mehr gegeben und dadurch wäre natürlich auch mehr Personal notwendig geworden. Dessen Finanzierung sei aber mit den zur Verfügung gestellten Mitteln nicht realisierbar. Wie der Beschluss nun gefasst werde, sei und bleibe Angelegenheit der Politik.

Herr Ganzke erklärt, dass der Antrag in der Sache durchaus Unterstützung finden könne. Unterstützen müsse man aber auch den Passus des Verwaltungsvorschlages. Man habe sich intensiv mit den Abläufen in anderen Optionskommunen befasst. Es bleibe festzuhalten, dass diese nach dem Gesetz auf 69 festgesetzt seien und insofern zunächst eine Öffnung herbeigeführt werden müsse. Um auf die Notwendigkeit einer auskömmlichen Finanzierung hinzuweisen, sei die Vorbehaltsregelung zwingend erforderlich. Wenn eine solche Regelung aufgenommen werde, könne die SPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag auch mittragen.

Der Antrag könne natürlich heute nur als Diskussionsgrundlage gelten, da eine Beschlussfassung für die Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages vorgesehen sei, so die Anmerkung von Herrn Hüppe. Unabhängig davon habe die CDU-Fraktion durchaus Sympathien für den Antrag, das Optionsmodell zu beantragen. Es sei aber selbstverständlich auch klar, dass man dem nicht unter allen Bedingungen folgen werde. Den Vorbehalt mit in den Antrag aufzunehmen, sei aus seiner Sicht aber in diesem Stadium noch nicht unbedingt notwendig, da zunächst die Willenserklärung zum Ausdruck gebracht werde, Optionskommune zu werden.

Herr Nadolski-Voigt fasst zum Ende der weiteren Diskussion noch einmal die verschiedenen Standpunkte zusammen und schlägt mit Blick auf die anstehende Kreistagssitzung vor, den Punkt an dieser Stelle zu beenden. Aufgreifen wolle er aber auf jeden Fall auch den unter Top 1.1 von Herrn Sparbrod gemachten Vorschlag, den Umbau der Arbeitsverwaltung in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zu begleiten.

Diese Vorgehensweise findet die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Punkt 2

182/09

Sozialbericht für den Kreis Unna „Einkommen und Transferleistungen“ (Stand: 30.10.2009)

Erörterung

Herr Sparbrod weist vorab darauf hin, dass vor dem Hintergrund der Armutsberichte von Bund und Land vor rund einem Jahr zugesagt worden sei, den Versuch zu unternehmen, auch für den Kreis Unna Zahlen und Fakten zusammen zu tragen. Mit dieser Vorlage und dem dazugehörigen Bericht werde nun das Ergebnis präsentiert. Ein Ranking zwischen den Kommunen im Kreis sei ganz bewusst vermieden worden. In dem Bericht habe man auch noch einmal dargelegt, dass die Sozialpolitik im Kreis Unna eine besondere Rolle spiele, die sie aus seiner Sicht auch weiter einnehmen müsse, so der Dezernent. Den Bericht bitte er an dieser Stelle zunächst zur Kenntnis zu nehmen. Aufrufen wolle er aber auch dazu, den Bericht in anderen Runden intensiv zu diskutieren. Auf Nachfrage von Herrn Hüppe teilt Herr Sparbrod mit, dass die Angelegenheit seinerzeit im Sozialausschuss thematisiert und der Sozialbericht daraus initiiert worden sei.

Der Bericht biete eine gute Diskussionsgrundlage, so Frau Lindstedt, die sich an dieser Stelle auch noch einmal für die Erstellung bedanken wolle.

Er wolle vorschlagen, den Bericht regelmäßig fortzuführen, so Herr Nadolski-Voigt. Gerne könne man auch in einer der nächsten Ausschusssitzungen noch einmal auf das Thema eingehen.

Punkt 3

180/09

Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2009

Erörterung

Herr Sparbrod teilt mit, dass es sich hierbei um eine obligatorische Vorlage handle, die sich auf vertragliche Regelungen beziehe.

Soweit gebe es gegen dieses Vorlage nichts einzuwenden, so die Anmerkung von Herrn Hüppe. Allerdings sei mit Blick auf die Haushaltssituation und die in dem Zusammenhang geführte Diskussion darüber nachzudenken, den Vertrag zum Ende des Jahres vorsorglich zu kündigen.

Die SPD-Fraktion sei sich der Bedeutung der Arbeit der Wohlfahrtsverbände bewusst, so Frau Lindstedt. Insofern wünsche man sich auch für die Zukunft eine Fortführung der Zusammenarbeit.

Aus ihrer Sicht spreche nichts dagegen, so Frau Wentzek, wenn sich das Verfahren einer Gesamtbetrachtung unterziehe. Dieses sei dann allerdings Aufgabe der Finanzstrukturkommission.

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beschließt:

Den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Unna werden aus Finanzmitteln des Jahres 2009 Zuschüsse für die Wahrnehmung von zusätzlichen und ergänzenden Aufgaben der sozialen Arbeit in folgender Höhe bewilligt:

Arbeiterwohlfahrt	30.677 €
-------------------	----------

Caritasverband	30.677 €
Diakonie	30.677 €
Deutsches Rotes Kreuz	30.677 €
<u>Der Paritätische, Kreisgruppe Unna</u>	<u>30.677 €</u>
Insgesamt	153.385 €

Weitere 1.535 € erhält die Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Unna, als der für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Unna zur Zeit tätige Sprecherverband. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt den gemeinsamen Verwendungsnachweis für das Jahr 2008 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

179/09

Haushalt 2010 des Kreises Unna für den Fachbereich 50 - Arbeit und Soziales -

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt weist eingangs noch einmal auf die Änderung der Tagesordnung und die damit verbundene Unterteilung dieses Punktes hin.

Im Anschluss an die Diskussion zu den Tagesordnungspunkten 4.1 und 4.2 gibt Herr Sparbrod nur einen kurzen Überblick auf die allgemeine Entwicklung des Budgets 50 – Arbeit und Soziales -. Im kommenden Jahr sei von drei Knackpunkten auszugehen, die möglicherweise zu Mehrkosten führten. So sei mit steigenden Ausgaben bei der Grundsicherung im Alter und bei den Aufwendungen für die Leistungsempfänger nach dem SGB II auszugehen. Auch bei der Hilfe zur Pflege – hier eher im stationären Hilfebereich – sei mit höheren Kosten zu rechnen.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.1

Sozialticket

Erörterung

Frau Wentzek stellt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Sie erklärt, dass das Sozialticket aus ihrer Sicht im Sozialhaushalt nicht richtig platziert sei, da der Eindruck vermittelt werde, dass es sich um eine zusätzliche karitative Leistung handele. Dieses sei jedoch nicht der Fall. Auch mögliche Gedankenspiele, den Anteil, den die Anspruchsberechtigten aufbringen, zu erhöhen, könne sie nicht nachvollziehen. Im Regelsatz sei für Mobilität nun einmal nicht mehr Geld vorgesehen. Als Folge müssten die Leistungsempfänger dann an anderer Stelle Einsparungen vornehmen, um das Ticket in Anspruch zu nehmen.

Hinsichtlich der weiteren inhaltlichen Diskussion gebe es noch Beratungsbedarf, so Herr Hebebrand. Er wolle an dieser Stelle nur klarstellen, dass dieser Posten gerade in den Sozialhaushalt gehöre, da es hier um ein Angebot gehe, das für Empfänger von Sozialleistungen vorgehalten werde. Mobilität sei wichtig und eine Abschaffung des Sozialticket stehe auch nicht im Raum, man dürfe aber nicht vergessen, dass es sich um ein Zuschussgeschäft für den Kreis handele. Die SPD-Fraktion habe sehr große Sympathien für das Sozialticket, so Frau Lindstedt ergänzend. Eine finanzielle Auskömmlichkeit sei aufgrund der Haushaltsslage aber ebenso notwendig.

Herr Sparbrod geht zwischendurch aufgrund von Nachfragen noch einmal ausführlich auf die Kostenkalkulation ein.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Hüppe, dass man grundsätzlich schon am Sozialticket festhalten wolle und nun geschaut werden müsse, wie es finanziell am besten machbar sei. Hier gebe es sicherlich noch einige Fragen, die zu klären seien. Seine Fraktion werde sich im Rahmen der Gesamtbetrachtung des Haushaltes noch weitere Gedanken machen.

Frau Schaumann weist auch für die FDP-Fraktion auf noch bestehenden Beratungsbedarf hin und erklärt, dass sie an dieser Stelle keine abschließende Stellungnahme abgeben werde. Das Sozialticket wolle auch sie hier nicht zur Disposition stellen, aber man dürfe die Haushaltssituation des Kreises nicht ausser acht lassen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird zunächst zur Kenntnis genommen.

Punkt 4.2

Frau und Beruf

- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.2009
- Projektskizze der WFG + Meilensteine

Erörterung

Frau Isenberg hebt noch einmal die gute und wichtige Arbeit der Koordinierungsstelle „Frau und Beruf“ hervor und erläutert in dem Zusammenhang die Intention des Antrages der SPD-Fraktion.

Auch diesen Antrag müsse man im Gesamttabelleau des Kreishaushaltes sehen, so Herr Hüppe für die CDU-Fraktion. Ihm sei aufgefallen, dass nur bestimmte Kommunen von den Programmen und Projekten erreicht würden. So sei beispielsweise Lünen trotz der Größe deutlich unterrepräsentiert. Wichtig sei, dass der tatsächliche Erfolg festgestellt werden könne. Hierüber werde man in der Fraktion noch weiter beraten.

Herr Sparbrod geht zum Abschluss noch auf eine Nachfrage des Ausschussvorsitzenden über die mögliche Neustrukturierung der kommunalen Arbeitsmarktpolitik ein und weist im Rahmen dessen darauf hin, dass der Verwaltung in den Haushaltsberatungen 2009 der Auftrag erteilt worden sei, sich hierüber Gedanken zu machen. Diesem Auftrag werde man natürlich nachkommen und dabei auch die Diskussion über die

Reformen zur Arbeits- und Sozialverwaltung berücksichtigen. Aufgreifen wolle er dabei auch die Anregung von Herrn Kranemann, die Existenzgründungsbüros in die Betrachtung mitaufzunehmen.

Auch zum Antrag der SPD-Fraktion wird aufgrund weiteren Beratungsbedarfs kein Beschluss gefasst.

Punkt 5

178/09

Einrichtung von Pflegestützpunkten im Kreis Unna

Erörterung

Die Sitzungsvorlage Nr. 178/09 wird von Herrn Sparbrod ausführlich erläutert. Er sei zuverlässig, so der Dezernent, dass es mit Blick auf die Pflegeberatung zu einer noch besseren Versorgung im Kreis Unna kommen werde.

Die CDU-Fraktion, so Herr Hüppe, wünsche sich auch angesichts des nächsten Tagesordnungspunktes, dass möglichst viele Angebote künftig zusammengeführt würden, um nicht immer wieder neue Strukturen schaffen zu müssen. Hierbei handele es sich um einen ganz wichtigen Punkt der Sozialpolitik der Zukunft.

Deshalb, so die Anmerkung von Herrn Sparbrod, sei es vielleicht auch ganz gut, solche Vereinbarungen erst einmal kurzfristig anzulegen.

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

Der Kreistag beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, die nachfolgenden Verträge abzuschließen:

- Vereinbarung zwischen den Landesverbänden der Pflegekassen und dem Kreis Unna zur Errichtung eines Pflegestützpunktes (Stützpunktvertrag) in Kamen in Trägerschaft des Kreises Unna (Anlage 2)
- Inhaltsgleiche Stützpunktverträge der AOK als Errichtungsträger eines Pflegestützpunktes für den Standort Unna und der Knappschaft für den Standort Lünen
- Vertrag zwischen dem Kreis Unna und der Verbraucherzentrale NRW zur Wahrnehmung von Pflegeberatung in den Pflegestützpunkten im Kreis Unna (Anlage 3)

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

181/09

Wohnberatungsagenturen; Fortführung der Finanzierung

Erörterung

Herr Sparbrod stellt kurz den Inhalt der Sitzungsvorlage vor und geht auf das neue Finanzierungsmodell ein. Hierzu beantwortet er im Anschluss auch Fragen der Ausschussmitglieder.

Aus Sicht der FWG-Gruppe, so Herr Stalz, sei die veränderte Finanzierung nur schwer nachvollziehbar. Eine paritätische Lösung sei hier anzustreben.

Genau deshalb wolle man auch weitere Gespräche führen, in denen verstärkt noch einmal auf die Ungerechtigkeit hingewiesen werden solle, so Herr Sparbrod.

Beschluss:

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgende Beschlussfassung vorzuschlagen:

Der Kreistag beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, den Vertrag mit den Wohnberatungsagenturen der Verbraucherzentrale NRW e.V., des „Neues Wohnen im Alter e.V.“ und der Ökumenischen Zentrale Schwerte (Anlage 2) abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung oder Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung 17.40 Uhr

Anlage

- Eckpunktepapier des BMAS vom 11.12.2009

Nadolski-Voigt

Vorsitzender

Vertgewall

Schriftführer

